

ANTRAG – SCHADENSAUSGLEICH WOLF

auf Gewährung von Billigkeitsleistungen
im Rahmen der Richtlinie des Ministeriums für
Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz zum Ausgleich
von Schäden, die durch den Wolf verursacht wurden



LAND BRANDENBURG

Zuständige Bewilligungsstelle

Landesamt für Umwelt Brandenburg

Referat N4 - Internationaler Artenschutz/Artenschutzvollzug

Postfach 601061

14410 Potsdam

Eingangsstempel

Aktenzeichen:

Bitte zutreffende Felder ausfüllen oder ankreuzen

1. Allgemeine Angaben

1.1 Anschriften des/der Antragstellenden

Postanschrift

Unternehmenssitz (falls erforderlich)

Vor- und Nachname

Name des Unternehmens

Straße und Hausnummer (kein Postfach zulässig)

Straße und Hausnummer

Postleitzahl Ort

Postleitzahl Ort

Ortsteil

Ortsteil

Telefon Nr. (mit Vorwahl)

ggf. Mobil-Telefon Nr.

Fax Nr. (mit Vorwahl)

ggf. E-Mail-Adresse

Land Prüziffer Bankleitzahl

Kontonummer

BIC (Bank Identifier Code)

Name der Bank

Name des/der Kontoinhaber/s/in

1.1.1 Ergänzende Informationen zum Schadensereignis:

- Schadensereignis:
- Schadensort (Gemeinde/ggf. OT)
- Landkreis

am:

1.2 Weitere Angaben für natürliche oder juristische Personen des privaten Rechts, die in der landwirtschaftlichen Primärproduktion sind:

1.2.1. Große Unternehmen

Bei der/dem Antragstellenden handelt es sich um ein großes Unternehmen (kein KMU).

ja nein

Die Größenklasse der Kleinstunternehmen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) setzt sich aus Unternehmen zusammen, die weniger als 250 Personen beschäftigen und die entweder einen Jahresumsatz von höchstens 50 Mio. EUR erzielen und/oder deren Jahresbilanzsumme sich auf höchstens 43 Mio. EUR beläuft (Anhang I Artikel 2 Abs. 1 der VO (EU) 2022/2472). Kommunen gelten als große Unternehmen (VO (EU) 2022/2472 Anhang I Artikel 3 Abs. 4).

1.2.2. Unternehmen in Schwierigkeiten

Bei dem Antragsteller handelt es sich um ein „Unternehmen in Schwierigkeiten“.

nein

Das Formular "Erklärung Unternehmen in Schwierigkeiten" beizufügen.

1.2.3. Rückforderungsanordnung der EU-Kommission

Der Antragsteller bestätigt, dass er keiner Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der EU-Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von demselben Mitgliedstaat gewährten Beihilfe und Ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt Folge zu leisten hat.

ja nein

2. Finanzierung

Ich/Wir haben weitere Ausgleichszahlungen für den gemeldeten Wolfsschaden, z. B. etwaige Versicherungszahlungen, zweckgebundene Hilfen Dritter (z. B. in Form von Spenden), oder weitere öffentliche Förderung erhalten bzw. beantragt.

ja nein

Wenn ja, bitte die Höhe nach Jahren angeben:

Jahr: Summe €:

3. Angaben zur Vorsteuerabzugsberechtigung

Ich bin / Wir sind im Rahmen dieses Vorhabens zum Vorsteuerabzug

nicht berechtigt

berechtigt und habe/haben dies bei der Berechnung der Gesamtkosten berücksichtigt (Preise ohne Umsatzsteuer).

4. Ergänzende Unterlagen

- Vollmacht, sofern die Beantragung durch den/die Vertretungsberechtigten erfolgt
- Erklärung zu De-minimis Beihilfen (nur für natürliche sowie juristische Personen des privaten Rechts, die nicht in der Primärproduktion tätig sind; vgl. Ziffer 3.2 der Richtlinie)

- Erklärung „Unternehmen in Schwierigkeiten“ (nur für natürliche sowie juristische Personen des privaten Rechts, die in der Primärproduktion tätig sind; vgl. Ziffer 3.1 der Richtlinie)
- Nachmeldung zum Fund weiterer Tiere (sofern vorhanden - s. Anlage 6.1)
- Nachmeldung im Fall verschwundener Tiere (sofern vorhanden - s. Anlage 6.2)
- Meldung im Fall von Aborten (sofern vorhanden - s. Anlage 6.3)
- Meldung im Fall von Schäden an Schutz Einrichtung inklusive Rechnung für die Reparatur/Ersatzbeschaffung (sofern vorhanden – s. Anlage 6.4)
- Tierarztrechnung (sofern vorhanden – s. Anlage 6.5)

4.1 Angaben zur Vermarktung:

1. Bei der/dem Antragstellenden handelt es sich um einen ökologisch wirtschaftenden Betrieb.
 - Ja nein
2. Die im Betrieb erzeugten landwirtschaftlichen Produkte werden direkt vermarktet.
 - Ja nein
3. Bei der/dem Antragsteller handelt es sich um einen Herdbuchzucht-Betrieb.
 - Ja nein

5. Allgemeines

Bitte teilen Sie nach Antragseinreichung jede Abweichung von den Antragsangaben sowie jede andere zuwendungsrelevante Änderung der Rechts- oder Betriebsform und Betriebsverhältnisse (insbesondere bei Betriebsübergabe/-übernahme oder Änderung von Gesellschaftsverhältnissen) sofort schriftlich der zuständigen Bewilligungsbehörde mit.

5.1 Erklärungen

Diese Erklärungen gelten für den gestellten Antrag und die beigefügten Anlagen.

Mir/Uns ist bekannt,

dass alle Angaben in diesem Antrag und in den mit diesem Antrag eingereichten Unterlagen subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit § 2 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (Subventionsgesetz) und § 1 des Brandenburgischen Subventionsgesetzes sind.

Mir/Uns ist bekannt, dass

- ich/wir nach § 3 Absatz 1 Subventionsgesetz verpflichtet bin/sind, auch in Fällen höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände der zuständigen Bewilligungsbehörde unverzüglich alle Tatsachen schriftlich mitzuteilen, die Auswirkungen auf die Zuwendung, die Bewilligung, die Gewährung, die Weitergewährung, die Inanspruchnahme oder das Belassen der Zuwendung haben oder ihr entgegenstehen oder für die Rückforderung der Leistungen erheblich sind,
- jede Landesstelle verpflichtet ist, Tatsachen, die den Verdacht eines Subventionsbetruges begründen, den Strafverfolgungsbehörden, und Tatsachen, die auf eine Steuerstraftat schließen lassen, den Finanzbehörden mitzuteilen,
- ich/wir im Falle höherer Gewalt und außergewöhnlicher Umstände innerhalb von fünfzehn Arbeitstagen ab dem Zeitpunkt, ab dem ich/wir hierzu in der Lage bin/sind, dies der zuständigen Bewilligungsbehörde schriftlich melden und entsprechende Nachweise vorlegen muss/müssen.

- mir/uns keine Zahlungen zustehen, wenn ich/wir die für den Erhalt solcher Zahlungen erforderlichen Voraussetzungen künstlich geschaffen habe/haben, um einen den Zielen der betreffenden Förderregelung zuwiderlaufenden Vorteil zu erwirken
- der Antrag im Falle fehlender oder nicht fristgemäß nachgereichter Unterlagen abgelehnt werden kann,
- von der zuständigen Bewilligungsbehörde alle Unterlagen, die zur Beurteilung der Antragsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Bewilligung der Zuwendung erforderlich sind, auch rückwirkend angefordert werden können,

Mir/Uns ist auch bekannt, dass

- die zuständige Bewilligungsbehörde entsprechend den Beihilfevorschriften Auflagen auch nachträglich erteilen kann,
- den Prüforganen des Bundes und der Länder im Rahmen ihrer Befugnisse das Betreten der Geschäfts-, Betriebs- und Lagerräume sowie das Betreten und Befahren der Betriebsflächen zu gestatten ist. Darüber hinaus sind den genannten Behörden und Institutionen auf Verlangen die in Betracht kommenden Bücher, Aufzeichnungen, Belege, Schriftstücke, Datenträger, Karten und sonstige Unterlagen zur Einsicht zur Verfügung zu stellen, Auskunft zu erteilen und die erforderliche Unterstützung zu gewähren. Bei automatisiert geführten Aufzeichnungen bin ich/sind wir verpflichtet, auf meine/unsere Kosten die erforderlichen Ausdrücke zu erstellen, soweit die zuständigen Stellen dies verlangen. Mir ist bekannt, dass Verstöße gegen diese Duldungs- und Mitwirkungspflichten als Verweigerung der Kontrolle gewertet werden können, was zur Nichtgewährung der Förderung führt,
- die Ansprüche aus dieser Antragstellung erlöschen, wenn ich/wir einem nach den rechtlichen Vorgaben berechtigten Prüforgan die Prüfung verweigere/verweigern.

Ich/Wir erkläre(n), dass

- eine Umwandlung bzw. Gründung meines/unseres Betriebes nicht der missbräuchlichen Umgehung der Bestimmungen über Begrenzungen von Beihilfezahlungen im Sinne des Subventionsgesetzes dient,
- über meinen/unseren Betrieb zum Zeitpunkt der Antragstellung weder ein Insolvenzverfahren eröffnet wurde (§ 80 der Insolvenzordnung) noch vom Insolvenzgericht Sicherungsmaßnahmen nach den §§ 21 ff. der Insolvenzordnung angeordnet wurden. Mir/Uns ist bekannt, dass andernfalls meine/unsere Unterschrift unwirksam ist und nur der Insolvenzverwalter unterschriftsbefugt ist,
- mein/unser Betrieb sich weder nach § 41 Satz 1 noch nach § 69 Abs. 3 Satz 1 des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Juli 1991 (BGBl. I S. 1418) in Auflösung befindet.

5.2 Einwilligung zur Datenverarbeitung und Auskunftserteilung / Einverständniserklärung

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass alle in diesem Antrag enthaltenen persönlichen und sachlichen Daten bei der zuständigen Behörde oder sonstigen Annahmestelle zum Zwecke der Antragsbearbeitung, Subventionsverwaltung und statistischen Auswertung auf Datenträgern erfasst und verarbeitet werden. Die zuständigen Behörden oder sonstigen Annahmestellen sind berechtigt, diese Daten ebenso wie die Entscheidung über diesen Antrag einschließlich der Entscheidungsgründe allen an der Finanzierung des Vorhabens beteiligten öffentlichen Stellen in der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union zur Verfügung zu stellen.

ja

nein

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass das Land Brandenburg bei Bedarf im Rahmen von Veröffentlichungen oder Presseerklärungen die Öffentlichkeit informiert.

ja

nein

(Zutreffendes bitte ankreuzen)

6. Unterschriften

Ich/Wir bestätige(n), dass die von mir/uns in diesem Antrag und Anlagen gemachten Angaben richtig und vollständig sind.

Mit meiner/unserer Unterschrift erkläre(n) ich/wir des weiteren mein/unser Einverständnis zum Abschnitt Nr. 5

Es wird darauf hingewiesen, dass ab dem 01.07.2016 die Angaben nach Randnummer 112 der Rahmenregelung der Europäischen Union für Staatliche Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten (2023/C 107/01) bzw. RN 105 der Leitlinien für die Prüfung staatlicher Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor auf einer nationalen oder regionalen zentralen Beihilfen-Website veröffentlicht werden, soweit die Veröffentlichungsschwellen überschritten werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Anlage 6.3 - Meldung im Fall von Aborten

Der ausgefüllten Anlage 6.3 ist die Bescheinigung des Hoftierarztes, dass krankheitsbedingtes Verlammen als Ursache für das Auftreten der Aborte auszuschließen ist, beizufügen (spätestens innerhalb von 14 Tagen nach dem Rissereignis).

Lfd. Nummer	Rasse	Anzahl	Datum des Auffindens

Anlage 6.4 - Meldung im Fall von Schäden an Schutzeinrichtung

Der ausgefüllten Anlage 6.4 sind Kopien der Rechnungen beizufügen.

Lfd. Nummer	Ausrüstungsgegenstand	Kosten der Wiederbeschaffung

Anlage 6.5 – Auflistung der Tierarztkosten

Der ausgefüllten Anlage 6.5 sind Kopien der Rechnungen beizufügen.

Lfd. Nummer	Rechnungsnummer	Rechnungsposition	Kosten